

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen.

Journal der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgeb., bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. — Anzeigen die dreispaltige Beilagen ober deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2768.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: „Futter für sozialdemokratische Agitation.“ Gewerkschaftliche Sozialpolitik — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Gewergerichtliches. Ein kleines Rehrer. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus Österreich. Ueber die gewerkschaftlichen Organisationen in Frankreich — Situationsberichte. — Eingefandt. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten.

„Futter für sozialdemokratische Agitation.“

Die Sozialdemokratie ist es gewohnt, daß, wenn sie von den öffentlichen Gewalten ein Eingreifen zu Gunsten der nothleidenden Arbeiter fordert, ihr die Vertreter dieser Gewalten oder die der herrschenden Parteien die Behauptung entgegenstellen: sie verfolge mit solchen Forderungen nur „agitatorische Zwecke“. Diese Behauptung haben wir in Gesehungs- und Verwaltungskörperschaften seit länger als einem Vierteljahrhundert vor weiß wie oft hören müssen. Als die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage zuerst die Nothwendigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung betonten, als sie die Einrichtung des Fabriken-Inspektorats, die Befreiung der gewerblichen Kinder und die Beschränkung der Frauenarbeit, die Ausdehnung der Unfallversicherung u. s. w. forderten, immer hieß es aus dem Munde hochweiser „Ordnungs“-Politiker: „Das sind nur Mittel, um die Massen der Arbeiter aufzuregen und gegen die Unternehmer zu verkehren.“

In der That, uns kann es nicht überraschen, wenn auch heute noch, nachdem die Aera der „gouvernementalen Sozialreform“ bereits länger als zehn Jahre gedauert hat, derselbe Einwand hin und wieder vorgetragen wird. So erst kürzlich wieder (am 25. Januar) in der öffentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten. Bekanntlich hatten die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Körperschaft eine Nothstands-Aktion, welche hauptsächlich die Beschaffung von Arbeit, bezw. die möglichst energische Fortführung der öffentlichen Bauten, Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die städtischen Arbeiter betreffen sollte, beantragt. Die Anträge waren in einer Kommission vorberathen worden und gelangten nunmehr zur endgültigen Entscheidung an das Plenum der Stadtverordneten.

Gegen diese Anträge zu kämpfen, erachteten die „ordnungsparteilichen“ Mitglieder als ihre Pflicht. Bedingungsweise fand nur der betreffs der schleunigen Fortführung der öffentlichen Bauten bei einigen dieser Herren Gnade. Sie leugneten das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes, ganz wie ihre Geistes- und Gesinnungsverwandten im Reichstage es kürzlich thaten. Ein Herr Meyer meinte: Die Arbeitslosigkeit werde oft durch Streiks „trivol provoziert“. Stadtverordneter Klatsch wandte sich gegen den Achtstundentag, der nicht ermöge, daß ein einziger Arbeiter mehr eingestellt werde (!) Es sei gegen den Nothstand genügend gefordert, wenn man die — Wärmestuben beibehalte!!!

Stadtrath Fouzlik meinte: Die Gemeinde habe keine Pflicht, dem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Es sei zu erwägen, ob man ohne Verletzung des Grundgesetzes der Freizügigkeit die Niederlassungspolizei dahin ändern könnte, daß bei Arbeitslosigkeit keine Arbeitslosen von außerhalb in die Stadt hinein kommen dürfen. Ein Nothstand könne nur konstatiert werden durch gesellschaftliche Korporationen, die zur Zeit nicht vorhanden sind. Gelting das der freien Berufstätigkeit nicht, dann könnte es nur provinzweise organisirten Genossenschaften gelingen. Sie verlangen unproduktive Arbeit um jeden Preis, bis auf Weiteres

aber müssen Sie sich doch noch in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung einrichten. Es wäre viel gewonnen, wenn die Herren die Arbeiter lieber auf die „freie Selbstthätigkeit“, als auf die Hilfe der Gemeinde verweisen wollten, die von der Gemeinde garnicht geleistet werden könne. Zu der freien Selbstthätigkeit gehöre auch der „Arbeitsnachweis“.

Das „Großartigste“ aber leistete der antisemitische Stadtverordnete Herbig in folgenden Ausführungen: „Ich war überzeugt davon, daß die Herren Sozialdemokraten diese Gelegenheit benutzen würden, um sich dabei Futter zu verschaffen (lebhaftes Zwischenrufen und Unterbrechungen) — ich meine Futter für ihre Agitation, denn diese Agitationen brauchen sie, davon leben sie. Sie brauchen solche wüste Agitation, solche Versammlungen, um sich bei den Massen Autorität zu verschaffen. (Fortgesetzte Unterbrechungen und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Von 1789 in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts reden ist einfach lächerlich. Der achtstündige Arbeitstag ist ja nicht von heute und gestern. Schon vor hunderttausenden Jahren (Stürmische Heiterkeit). — vor tausend Jahren wollte man die Arbeitszeit beschränken. Den achtstündigen Arbeitstag werden Sie niemals mit dem freien Willen der Menschen in Einklang bringen, das könnte nur auf dem Wege des Zwanges geschehen, und so weit sind wir noch nicht, daß wir hier in der Stadt den Zukunftsstaat einführen. Einerseits wollen Sie den Leuten keine Almosen geben, andererseits stellen Sie sie als ausgeemgelt hin. Was wollen Sie denn nun eigentlich? (Stürmische Rufe: Arbeit!). Ich möchte einmal das Geschrei hören, wenn man nach dem Vorschlage eines sozialdemokratischen Redners Tausende von Arbeitslosen nach der Altonaer Heide verschicken würde. (Lachen und Unterbrechungen.) Redner geht dann zu „praktischen“ Vorschlägen über. Man solle doch die Millionen, welche die Führer der Sozialdemokratie von den Arbeitern erpressen — (Großer Lärm. Vorleser Langenhans bittet, so provozirende Ausdrücke wie „erpressen“ nicht zu gebrauchen.) „Ja, die Einnahmen der Partei belaufen sich doch thatsächlich in die Millionen. Wenn Sie Mitleid mit der Noth der Arbeiter hätten, würden Sie diese Geldmassen zur Vinderung dieser Noth verwenden. Die tiefsten Ursachen der Nothstände liegen in den liberalen Gesezen, in der Freizügigkeit, welche die Massen in die Großstadt verlockt und dort sehr bald auf die Straße wirft. Sorgen Sie dafür, daß wenigstens die unverheiratheten Arbeiter Berlin verlassen, wie Sie es früher thaten, als Sie die Streiks noch possirten. Den Ausdruck „erpressen“ nehme ich schon jetzt zurück.“ (Große Heiterkeit.)

Diese wunderbare sozialpolitisch antisemitische Weisheit erfuhr selbstverständlich seitens der sozialdemokratischen Mitglieder gebührende Kritik. Herr Herbig wurde mit Recht gerathen, erst einmal das national-ökonomische A. B. C. zu lernen, ehe er sich anmaße, über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen zu sprechen.

Das, was der streitbare Antisemit vortrug, war übrigens nichts Anderes, als ein Plagiat der Rede, die wenige Tage vorher der konservative Abgeordnete Kropatsch im Reichstage gehalten hatte. Herr Herbig bewährte sich als menschlicher Phonograph. Was würde dieser antisemitische „Vollstrecker“ wohl auf die Frage zu antworten haben: was aus den unverheiratheten Arbeitslosen werden soll, die nach seinem Verlangen Berlin zu verlassen haben? Eine ärgere Tollheit als solch ein Verlangen ist kaum

denkbar. Mit welchem Rechte muhet man den unverheiratheten Arbeitslosen zu ein Jagabundenleben auf der Landstraße zu führen?

Das Schönste ist und bleibt aber die blödsinnig-brutale Bemerkung, betreffend das „Futter für die sozialdemokratische Agitation“, von welcher die den Arbeitern „Millionen erpressende“ Partei „lebt“!!!

Das ist echt ordnungspolitisch-antisemitisch humm und pöbelhaft. Aber kein Sozialdemokrat wird darüber sich aufregen. Denn unserer Agitation ist nichts so förderlich, als das einseitige und gehässige Verhalten der Gegner. Das bringt die Arbeiter, die noch indifferent sind, zum Nachdenken, ist also in der That ein nicht zu unterschätzendes Futter für die sozialdemokratische Agitation!

Gewerkschaftliche Sozialpolitik.

Der Zentralkath der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften hat sich zu einer „großen sozialpolitischen That“ aufgerufen. Er hat an den Reichstag eine Petition (unterzeichnet von den Herren Dr. Max Hirsch und Robert Rauch) gerichtet, betreffend „arbeiterfreundliche Maßnahmen in den Betrieben des Reiches und der Bundesstaaten.“ Dieselbe lautet:

„Der Hohe Reichstag wolle den Herrn Reichstanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reiches und der Bundesstaaten

1. eine Statistik über die gesamten Arbeiterverhältnisse, namentlich über die Dauer der täglichen Arbeitszeit nach Arbeiterkategorien, mit besonderer Berücksichtigung der Ueberstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit; über die gezahlten Individuallöhne, die Fristen und Tage der Lohnzahlung bezw. Abschlagszahlung und Abrechnung; über Zahl und Alter der neu bezw. wieder eingestellten und der entlassenen Arbeiter, nebst den Gründen der Entlassung — nach gleichartigen Formularen schleunigst und alsdann in regelmäßiger Wiederkehr erhoben und dem Reichstage vorgelegt werde;
2. eine tägliche Arbeitszeit von höchstens neun Stunden, für Bergwerke und andere gesundheitsgefährliche Betriebe bezw. Beschäftigungen von höchstens acht Stunden, sowie wöchentliche Lohnzahlung, mindestens aber Abschlagszahlung eingeführt werde;
3. bei der zeitlichen Einteilung der Arbeiter wesentlich darauf Rücksicht genommen werde, daß die Arbeiter dauernd das ganze Jahr hindurch beschäftigt und in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht Verminderung, sondern, soweit irgend möglich, Vermehrung der Arbeiterzahl erfolge.“

Diesen Forderungen ist eine längere Begründung beigegeben, der wir Folgendes entnehmen:

„Wenn schon die Feststellung und Verbesserung der vielfach zu gedrückten Arbeiterlage im Allgemeinen von der Wissenschaft, der öffentlichen Meinung und den gesetzgebenden Faktoren als eine der dringendsten Aufgaben nicht nur der bürgerlichen Gesellschaft und insbesondere der Arbeiter selbst, sondern auch des Staatswesens anerkannt wird, so gilt letzteres vorzugsweise bezüglich der Lage der Arbeiter und Angehörten in den öffentlichen Betrieben. Denn für die nach Hunderttausenden zählenden Arbeitnehmer dieser Betriebe ist der Staat nicht allein Gesetzgeber und Gesezsausführer, sondern zugleich Arbeitgeber, vereinigt also in sich eine doppelte Autorität und Verantwortlichkeit für das materielle, intellektuelle und

moralische Wohlergehen der von ihm Beschäftigten und ihrer Familien.

Während die Privatunternehmungen ihrer Natur nach auf möglichst große und regelmäßige Ueberschüsse angewiesen sind, tritt bei den öffentlichen Betrieben der Gesichtspunkt des Gewinns hinter dem des Gemeinwohls zurück, und, was nicht minder wichtig erscheint, diese Betriebe haben den drückenden Wettbewerb des Auslandes fast nie zu befürchten. Der Staat kann und soll, wenn nötig, auch vor zeitweiligen Mehrausgaben beim Rückgang im Interesse des Arbeiterschutzes nicht zurückweichen, zumal solche Einbußen sich erfahrungsmäßig halb wieder auszugleichen pflegen. Endlich aber giebt es kaum ein wirksameres Mittel zur Verbesserung der Arbeiterlage seitens der Privatindustrie, als gerade das feste und konsequente Vorgehen der Reichs- und Staatsbetriebe, auf welche vermöge ihrer gewaltigen Arbeiterzahl und ihrer hervorragenden Stellung die Augen aller gerichtet sind.

Dann wird u. A. bemerkt: es sei hohe Zeit, mit der Entwicklung der öffentlichen Betriebe zu arbeiterfreundlichen Mustern im Interesse gesetzlich-friedlicher Reform vorzugehen.

Zu Punkt 1 wird ausgeführt:

Nachdem durch die vor zwei Jahren erfolgte Errichtung einer „Kommission für Arbeiterstatistik“ die Nothwendigkeit der zuverlässigen Feststellung und Berücksichtigung der wichtigsten Arbeitsverhältnisse — wie dies schon früher in anderen Kulturländern geschehen — seitens der Reichs- und Staatsregierungen anerkannt worden ist, erscheint es geradezu befremdlich, daß eine solche Statistik da, wo sie am schnellsten, leichtesten, zuverlässigsten und fast kostenlos herzustellen ist, in den eigenen Betrieben des Reichs und der Bundesstaaten, ungenügend oder garnicht erhoben, jedenfalls nicht zur Kenntniß auch nur der gesetzgebenden Faktoren gebracht wird. Während die beschlossenen und theilweis schon im Gange befindlichen Enquêtes in weiten Gebieten der Privatindustrie, trotz außerordentlicher Anstrengungen und Kosten durch Fragebogen, mündliche Erhebungen und Begutachtungen doch nur annähernd sichere Ergebnisse fördern, würde in den von den Regierungen selbst verwalteten Betrieben mit geringer Mühe eine geradezu muster-gültige Arbeiterstatistik sich herstellen lassen, welche nicht nur an sich, sondern auch durch Vergleichung mit den Erhebungen in den Privatbetrieben von unschätzbarem Werthe für die Erkenntniß der wirklichen Arbeiterlage sein würde.

Zu Punkt 2 heißt es: eine fest geregelte, möglichst kurze Arbeitszeit überhaupt sei von „überwiegender Wichtigkeit“. Auch die schlechte staatliche Beschränkung der Arbeitszeit für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, erhebt Betonung.

Punkt 3 wird dahin begründet:

Es ist Pflicht gerade der öffentlichen Betriebe, den periodischen Arbeitsmangel ihrerseits nicht, wie es bisher mehrfach vorgekommen, durch Entlassung zahlreicher Arbeiter gerade in arbeitslosen Zeiten zu erhöhen, sondern, soweit irgend möglich, zu vermindern. Unabweislich ist es viel weniger kostspielig und bedenklich, wenn statt außerordentlicher, häufig unproduktiver Nothstandsarbeiter eine planmäßig vorbereitete produktive Beschäftigung in den öffentlichen Betrieben den Arbeitern zum Vortrieb geboten wird, und bei der Fülle der geistigen und materiellen Mittel, welche diesen Betrieben zur Verfügung stehen, bei ihrem dauernden und gemeinnütigen Charakter läßt sich dies bis zu einem bedeutenden Grade auch durchführen. Wir meinen nicht, daß auf diese Weise alle Arbeitslosen in harten Wintern oder bei sonstiger allgemeiner Erwerbslosigkeit untergebracht werden können. Aber wir sind überzeugt, daß die Beschäftigung in den Reichs- und Staatsbetrieben sowohl direkt, als durch die Anregung für die kommunalen und gut situirten Privatunternehmungen, ihren Geschäftsplan in gleicher Weise zu gestalten, sehr viel zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit beitragen würde. Es würden dadurch insbesondere auch die eigenen genossenschaftlichen Arbeiternachweise und Unterstützungsanstalten der Arbeiter in ihren Gewerkschaften und anderen Berufsvereinen, auf welche wir den größten Werth für Befestigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit legen, wirksam ergänzt und erleichtert werden.

Als wir alles das lasen, konnten wir uns eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren. Mit solchen Darlegungen tritt vor den Reichstag derselbe Dr. Max Hirsch, der länger als ein Vierteljahrhundert der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und der „Selbsthilfe“ fanatisch das Wort geredet und als

getreuer Schildeknappe des Manchesterthums das Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen Verhältnisse bekämpft hat! Derselbe Dr. Max Hirsch, der allen von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgegangenen Bestrebungen, eine durchgreifende Arbeiterschutzesetzgebung zu Stande zu bringen, halb mit plumpem Spott, halb mit grimmigen Einwänden entgegengetreten ist! Derselbe Harmonie-Apöstel der Bourgeoisie, der eine feindliche Stellung einnahm gegen die Arbeiterschutzesetze, Entwürfe der sozialdemokratischen Fraktion, welche alles das, was er heute fordert, allerdings mit Konsequenz umfaßt! Derselbe „Arbeiterfreund“, der den kapitalistischen Goldschreibern redlich geholfen hat, die Propaganda der aufgellärten Arbeiterschutzesetzgebung, betreffend den Achtstundentag zu verhöhn und zu verhehen!

Jetzt führt er den Boden unter seinen Füßen schwanken und weichen; es dürfte unter den Mitgliedern seiner Partei selbst nur noch wenige geben, die sich halten an dem überlieferten manchesterlichen Leinwand. Da erachtet Herr Dr. Max Hirsch es gerathen, mit diesem Unsinne, der einst seinen ganzen „Stolz“ gegenüber der Sozialdemokratie ausmachte, zu brechen und sich zur „positiven Sozialreform“ im anti-manchesterlichen Sinne zu entschließen. Offenbar ist auch das Vorgehen der englischen Regierung in Sachen des Achtstundentags nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben. Denn dieses Vorgehen deutet sich mit der Initiative der englischen Gewerkschaften, auf die der Herr Doktor, als auf „Vorbilder seines Strebens“ sich — allerdings fälschlicher Weise — so gern beruft.

So fordert er denn heute, um sich im Sattel zu halten, einen Theil dessen, was die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten an Arbeiterschutzesetzgebung erwirkt und gefordert hat. Das ist uns eine Genugthuung. Wenn die Redaktion des „Gewerkschafters“ die Petition eine „große Wichtigkeit“ beimißt, so haben wir dafür nur ein mitleidiges Lächeln. Wie kann das, was seit einem Vierteljahrhundert die deutsche Arbeiterschutzesetzgebung, „große Wichtigkeit“ sein deshalb, weil auch einmal ein Dr. Max Hirsch darauf eingeht?!

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Eine Reihe wichtiger Entscheidungen hat in letzter Zeit wieder das Reichs-Verschönerungsamt gefällt.

Eine Wohnung an Unfallsorte enthält folgender Fall: Dem Landwirth und Mühlenselbstherr Herzberg war im Sommer 1892 ein Kuhstall abgebrannt. Er hatte nicht die Pflicht, den Stall wieder aufzubauen, sondern ließ das Bauwerk und das Wasser des abgebrannten Staates bestreiten, um an der Stelle, wo sich der Stall befunden hatte, einen Garten anzulegen. Bei dem Ausweichen des Wasserwerks einer Frau Briete ein großer Stein auf den Fuß und machte die Verletzte erwerbsunfähig. Weitere konnte sich jedoch behufs Erlangung einer Unfallrente an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft; diese legte aber jede Entschädigung ab, da die Verletzte bei einer Selbstauswertung zu Schaden gekommen wäre. Indessen die Berufsgenossenschaft weigerte sich ebenfalls, eine Rente zu zahlen, da sie sich für nicht haltbar erachtete. Inwiefern die Verletzte die Vorbestimmung der Berufsgenossenschaft um eine Entschädigung; auch diese Berufsgenossenschaft erklärte sich für nicht haltbar und erließ einen abnehmenden Bescheid. Die Verletzte klagte nun gegen die Berufsgenossenschaft. Der Verlesene erklärte sich als ungenügend zurück; da nicht die Verletzte, sondern die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft entschädigungspflichtig erachte. Hiergegen legte die Klägerin Rekurs an das Reichs-Verschönerungsamt ein; dasselbe bestätigte jedoch die Berufsgenossenschaft als zureichend und wies den Rekurs der Klägerin am 2. Januar dieses Jahres als unbegründet zurück. Das Reichs-Verschönerungsamt ging von der Erwägung aus, daß die Klägerin stets in der Landwirtschaft des Arbeitgebers thätig war; auch habe sich der Unfall ereignet, als die Klägerin im Interesse des landwirtschaftlichen Betriebes ihres Arbeitgebers beschäftigt war, kulturfähigen Boden zu gewinnen. Eine Klage der Verlesenen gegen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft dürfte aber jetzt ebenfalls ohne Erfolg sein, da der abnehmende Bescheid einer Berufsgenossenschaft binnen vier Wochen rechtskräftig und unanfechtbar wird, sobald gegen den Bescheid nicht innerhalb der erwähnten Frist Berufung eingelegt wird. Kommen bei einem Unfall mehrere Berufsgenossenschaften in Frage, so handelt es sich um die Verlesenen am zweckmäßigsten, wenn sie sofort gegen sämtliche in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften vorgehen und gegen alle abnehmenden Bescheide fristgemäß Klage erheben.

Der Arbeiter Totemeyer war in einem abgelegenen Etablissement beschäftigt, für die Arbeiter die Speisen herzustellen. Als es eines Morgens im Begriff war, Milch für einige der Arbeiter abzugeben, geriet sein Kleider in Brand. So daß Totemeyer erheblich verbrannt wurde; er beantragte jedoch bei der Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, die ihm jedoch verweigert wurde, da der Verletzte nicht einer Gefahr des industriellen Betriebes zum Opfer gefallen sei. Gegen den abnehmenden Bescheid der Berufsgenossenschaft legte Totemeyer Berufung beim Schiedsgericht ein und beantragte die Verurteilung der Verlesenen zur Rentenzahlung; er behauptete, er habe nicht nur den Interessen der Arbeiter, sondern auch dem Interesse des gemeinen Betriebes gedient. Das Schiedsgericht gelangte zu derselben Auffassung und beurtheilte die Verlesenen zur Rentenzahlung. Hiergegen ergriff die Berufsgenossenschaft Rekurs an das Reichs-Verschönerungs-

amt und machte geltend, Kläger sei im Geschäftsbetrieb zu Schaden gekommen und habe einen betriebsfremden Gefahr zum Opfer gefallen. Das Reichs-Verschönerungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Köbber erklärte indessen am 2. Januar 1894 den Rekurs der Berufsgenossenschaft für berechtigt. Der Senat ging von der Ansicht aus, daß auch diejenigen Einrichtungen, welche der Arbeitgeber trifft, um die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter zu erhöhen oder deren Kräfte und Zeit für ihre eigentümliche Berufstätigkeit zusammenzuhalten, mit dem Betriebesangehörigen sind.

Der moderne Menschenhandel in Gestalt gewerkschaftlicher Stellen- und Arbeitsvermittlung beschränkt sich nicht mehr auf die eigentliche Arbeiterklasse, sondern hat sich auch bereits der thätigkeitsgebiete der „besseren“ Stände bemächtigt, wie aus einem Geschäftsangebots zu ersehen ist, welches der „Deutschen Bau-Zeitung“ zur Verfügung gestellt worden ist. Dasselbe ist ein auf eine öffentliche Antrage nach einem für kunstgewerbliche Erfindungen geeigneten Architekten und geht von einem „Komplott Sandmann“ in Bad Wildbad an der Elbe aus, welches von einem Oberförster und Dampfmaschinen-Berater außer Diensten geleitet wird und zunächst nur für die „Folsbranche“ bestimmt ist, aber anscheinend seinen Geschäftskreis auch nach der Architektur und dem Kunstgewerbe hin erweitern will. Am Geschäftsöffnen ist der dem gebrauchten Angebot handschriftlich hinzugefügte Nachsatz: „Bitte möglichst um geneigtes Näheres, da ich ein umfangreiches, bestaffirtes Lager gebieter, verhältnismäßig nicht zu hoch fordernden Kräfte zu Ihrer sofortigen Auswahl habe.“ — Es ist dies ein sicheres Zeichen, daß die Proletarisierung der „Gestalten“, welche dem Kapital gleich dem Arbeiter ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind, immer weiter um sich greift. Und auch hier wie dort finden sich sofort Leute, welche die Nothlage der Arbeiterkräfte im eigenen Interesse ausnützen. Ein moderner Sklavenmarkt!

Gewerbegerichtliches.

Der kürzlich im Druck erschienenen „Statistischen Uebersicht für 1892“ des Hamburgischen Gewerbegerichts entnehmen wir folgende interessante Daten:

Es wurden Klagen anhängig gemacht: 2693, 875 weniger als 1892. Verhandlungen fanden statt: 8586, 878 weniger als 1892. Gesamtsumme der Klagen, soweit in Zahlen ausgedrückt: M. 99 282,39, M. 27 671,98 weniger als 1892. Zur Zwangsversteigerung verurtheilt: M. 21 518,38, M. 2099,65 weniger als 1892. Abgetragene Erkenntnisse: 1168, 405 weniger als 1892. Verurtheilt: 383, 91 mehr als 1892. Einpruchs-Erklärungen gegen Urtheile: 187, 54 mehr als 1892. Geschlossene Vergleiche: 1161, 94 weniger als 1892. Erlassene Voraburtheile: 3689, 120 weniger als 1892. Erlassene Urtheile: 242, 11 weniger als 1892.

Die Summe der eingegangenen Gerichtsgebühren betrug M. 2868,87, während insolge Vergleiche M. 965,02 zurückgezahlt wurden. Die wegen Unpaidbarkeit etc. nicht eingelebten Gebühren betrafen sich auf M. 186,76.

Das Klageobjekt betrug: in 139 Sachen zwischen M. 100 und 500; in 9 Sachen zwischen M. 500 und 1000; in 3 Sachen zwischen M. 1000 und 2000; in allen anderen Fällen wurde Klagen unter M. 100 veranlagt.

Im Jahre 1892 wurde in 8 Sachen Berufung an das Landgericht eingelegt, und zwar in 6 Sachen von Unternehmern und in 2 Sachen von Arbeitern. Von diesen Sachen wurden im Jahre 1892 durch Bestätigung des Urtheils 2 Sachen erledigt; von den restierenden 6 Sachen wurden im Jahre 1893 je 1 durch Vergleich, durch Bestimmungsurtheil und durch Aufhebung des Urtheils erledigt, so daß sich zum Jahre 1892 noch 3 Sachen in der Berufungsinanz befinden.

Im Jahre 1893 wurde dagegen in 13 Sachen Berufung eingelegt, und zwar in 6 von Unternehmern und in 7 von Arbeitern. Von diesen Sachen wurden 7 erledigt, und zwar je 1 durch Zurückziehung der Klage in der Berufungsinanz, durch Aufhebung des Urtheils, durch Bestätigung des Urtheils, durch Vergleich und weil der Klagebetrag nur M. 100 betrug; die beiden übrigen durch Verweisung des in der Berufungsinanz nachgelassenen Armenrechts wegen Unrichtigkeit der Berufung. Es blieben somit am Jahresabschluss 5 Sachen in der Berufungsinanz.

Eine nach dem Gewerben geordnete Statistik der in dem ersten Jahre des Bestehens des obigen Gewerbegerichts (6. April 1892 bis 30. März 1893) verhandelten Streitigkeiten ergibt Folgendes:

Table with 3 columns: Berufszweig, Anzahl, and weitere Angaben. Includes categories like Bäcker, Barbier, Baumaterialienhändler, etc.

Die für das hamburgische Gewerbeamt von dem Ausschuss in seiner Sitzung vom 28. Dezember 1892 beschlossene Geschäftsordnung enthält mehrere Bestimmungen über das Statuten der Verbände, über die Mitgliedschaft der Mitglieder, über die Abfassung des Protokolls, über die Form der Urteilsfindung sowie über die Funktionen der einzelnen Beamten. Unter anderem heißt es im § 6: Dem anderen Gerichtschreibergeschäft liegt die Annahme von Klagen und sonstigen Anträgen ob. Er hat sich dabei eines freundlichen und hilfsreichen Verfahrens zu bedienen. Es sind nämlich in der der bezeichneten Ausschussung vorhergehenden Zeit häufig Klagen über ungleiche Behandlung der ihr Recht suchenden Arbeiter seitens des Schreibersonnals laut geworden, und es ist den Herren wohl durch diese Geschäftsordnung klar gemacht worden, daß sie des Publikums wegen da sind und nicht umgekehrt. Es wäre wünschenswert, daß derartige sonstige Mißstände auf allen öffentlichen Bureauz seitens der Vorgesetzten den unteren Beamten bezw. Schreibern ertheilt würden, deren Aufgabe es ist, die event. Verhandlungen mit den Arbeitern einzuleiten.

Ein Neues Malheur.

Ist der künstlerischen „Allgemein-Handwerker-Verein“ passiert. Sie brachte in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel: „Handwerk und Großindustrie“, folgenden Inhalts: „Die Großindustrie beherrscht den Markt, aber mit ihrer Technik, sowie mit den von ihr herbeigeführten sozialen Zuständen durch Beschaffenheit und Preis ihrer Erzeugnisse, wie durch die für Fabrikarbeit entsprechenden Lebensbedingungen einer unübersehbaren Druck auf den Kleinbetrieb.“

Beitrag das ausgedehnte Mittelalter kannte drei Arten der gewerblichen Tätigkeit: das Handwerk, die häusliche Lohn- und die Fabrikarbeit. Jenes weist die folgenden Merkmale auf: Der Meister ist Eigentümer sämtlicher Gerätes und somit die Hofstätte ein. Er arbeitet gemeinsam mit den Gesellen und Lehrlingen, denen er seine Kenntnisse und Fertigkeiten mitteilt. Die von ihm geübte Autokratie ist eine doppelte: die des Lehrens und die des Hausherrn. Sowohl in der Werkstatt wie im Laden haltend, ist er zugleich Erzeuger und Verkäufer der Waare, welche die Konsumenten unmittelbar von ihm beziehen. Das Handwerk bedarf nur eines bescheidenen Kapitals, kennt kein Risiko und keine Krisen und stützt auf einen gesicherten, lokalen und leicht zu überschauenden Absatz.

Der häusliche Lohnarbeiter ist noch hin und wieder Eigentümer des Gerätes, aber die Hofstätte werden ihm immer geleihert. Ueber seine Zeit hat er keine Verfügung und während der Arbeit wird er nicht kontrolliert. Er leidet mit den Kindern in seinem Besitze mehr, sondern trägt die von ihm geleisteten Erzeugnisse zum Unternehmer. Freiheit und Unabhängigkeit des Einzelnen sind mit der massenhaft betriebenen Fabrikarbeit gänzlich vereinbar. Die todten Maschinen, deren sie zur Herstellung ihrer Produkte bedarf, werden von einer vielfältigen Menschennachfolge bedient. Jede Art herausragender Tätigkeit erzeugt gewisse rechtliche und sittliche Normen, die, sobald sie zu größerer Vielfalt sich entwickelt, der Verleugung des Staates den Stoff liefern, denn die letztere ist fast immer nur geistlos und ausgeföhrenes Gewohnheitsrecht. Weil es aber keine Ruhe, keinen Stillstand im Leben und Streben der Menschheit gibt, sind die kaum selbst gewordenen Verhältnisse und Sagenen schon wieder der Auflösung verfallen. Der höchsten Würde der mittelalterlichen Bauern ist ihre Entartung auf dem Fuße erfolgt. Mit dem Augenblick, da sie hohe rechtliche Geltung erlangt, begannen sie diese alle oftmals in der engverwagten Weise zu mißbrauchen.

Kein anderes Land genährt das Schachspiel einer so sicher und stetig fortschreitenden gewerblichen Entwicklung als Großbritannien.

Die mannigfaltigsten und denkbar günstigsten Bedingungen vereinigen sich hier. Die vor jedem feindlichen Einfall geschützte Lage, die Wohlthat des Volkes, seine Klugheit, Ausdauer, Ehrlichkeit, Unterehnungslust, die Menge und Güte der Lebensmittel, die Herrschaft über die Meere und der durch sie begünstigte Weltverkehr. Das Handwerk war unter der Königin Elisabeth zu seiner reiflichen Entfaltung gelangt. Die damals erlassene Befreiungsordnung enthielt Bestimmungen über die Zahl der Arbeitsstunden und die Höhe der Abgabe. Sie gebot, daß wenigstens ein Weib auf drei Lehrlinge gehalten wurde, und gestattete keineswegs dem Einzelnen unbeschränkte Freiheit in der Wahl des Gewerbes. Dafür verbot sie aber auch den Meistern gute Klugheit und zurechnenden Wohlstand. Allein bereits um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war die Verfallensordnung toter Buchstabe geworden, das Handwerk von der häuslichen Arbeit und der Fabrikarbeit bei Weitem überflügelt. Die Verwendung von Eisen, Frauen, Kindern zum Gewerbebetrieb hatte zuerst den Einbruch eines sensationellen Ereignisses gemacht, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Bald gewöhnte man sich indessen daran, als an etwas Alltägliches. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das Fegen der Eisen besorgten kleine Knaben, die durch Stacheldraht gezwungen wurden, selbst durch die engsten Schornsteine zu kriechen. Die Werkstätten verdrängten, während die großen Unternehmer zahllose Hände beschäftigten und gewaltige Reichthümer anhäufeten. War es im Mittelalter der ausgebildete Grundbesitz gewesen, dem der Adel seine Entstehung verdankte, so sah nun die Großindustrie einen neuen Herrschaftsbau, der bald gegen seinen mächtigen Einfluss auf die Gesellschaft und die Verwaltung zu üben begann. Wohl wahr das zu Grunde gerichtete Handwerk nach Rettung, wohl bestimmte es das Parlament mit seinen Klagen, aber der Arnen waren zu viel, als daß ihnen geholfen werden konnte, und was die Hauptsache ist, aber ihnen waltete ein erbarmungslos wirtschaftliches Naturgesetz, gegen dessen Walmacht selbst der Staat auch beim besten Willen nichts vermocht hätte. Stets rollt der Siegeswagen des Fortschritts über Schutt und Trümmer, alles Erfrischen ist zugleich ein Vergehen; wo neue, frische Kräfte sich regen, da scharffen sie sich durch Zerklüftung des Alten Luft und Raum.

Nur in patriarchalischen Verhältnissen geblüht das Handwerk. Es verblüht in den großen Städten und wird vom Weltverkehr gänzlich bei Seite geschoben und verdrängt. Ein Reich von weissen Kaminen hatte sich im achtzehnten Jahrhundert über England ausgebreitet, das zugleich in den Kolonien einen unermesslichen Markt für seine Produkte gewonnen. Bedingt die Großindustrie mit ihrer Vereinnahmung von Kapital, weltwundersamer Klugheit und

wagendem Unternehmungsgest konnte den neuen Bedingungen gerecht werden. Jene ist nicht durch die Maschine in's Leben gerufen, sondern gerade umgekehrt. Diese sind ihr Werk, so-wohl auch ihre mächtigste Waffe. Welt sie sich zu immer steigender Massenproduktion gedrängt sah, sah sie die solcher Aufgabe entsprechenden Mittel. Sie schaute zu diesem Zweck keine Kosten, keinen Aufwand an Mühe, Zeit und Geduld. Was sie war reich genug und entschlossen zu den Opfern, deren es zur Herstellung tauglicher, insolge zahlloser, ungeheurer Summen verschlingender Experimente immer mehr vervollkommener Maschinen bedurfte.

Wie kommt dieser Artikel, der das Thema „Handwerk und Großindustrie“ in so durcheinander veränderlicher und zutreffender Weise behandelt, in die „Allgemeine Handwerker-Zeitung“? So fragen wir nicht wenig erstaunt. Denn dieser Blatt ist und ja fast elf Jahren bekannt als eines, das in höchster Künstlerkraft macht. Zu diesen Dingen aber hat es Artikel gebracht über das „Anwesen“ der Großindustrie, der gegenüber das Handwerk wieder zu „seinem Rechte“ kommen, den verlorenen „goldenen Boden“ wieder gewinnen müsse. Immer hat es die Entwicklung der Großindustrie als eine willkürliche, von wenigen Kapitalisten abhängig dargestellt und gefordert, daß man im Interesse des Handwerks willkürlich in die Entwicklung eingreife. Und nun glebt es selbst zu, daß das Handwerk nach natürlichem Gesetz der Entwicklung zum Opfer fallen muß, daß der Siegeswagen des Fortschritts aber Schutt und Trümmer rollt, und daß das Handwerk nur in patriarchalischen Verhältnissen; die längst überwunden sind, geltehen konnte, aber gegenüber dem Kapitalismus sich nicht zu behaupten vermag!

Ja, wie kommt so etwas in das künstlerische Organ? Hat die Schere der verebten Redaktion „sich geirrt“, oder hat die verebte Redaktion sich besserer Uebersetzung zugewendet? Dem Inhalte der folgenden Nummern nach zu schließen, ist letzteres nicht der Fall. Da wird wieder der alte künstlerische Unsin ausgekreut und behauptet: mit der Verebigung der Gewerbetreibenden, der Ausbildung des Innungswesens, der Einschränkung des Beschäftigungsnadweises zc. zc. sei das Handwerk vor der Verebigung durch das Großkapital zu behüten. Ergo blüht die Annahme, daß die Redaktionschere dem Blatte einen Posten und irgend woher eine Arbeit geräubert hat, die seiner Tendenz im Widerspruch steht. Das kommt davon, wenn das Auge des Redakteurs nicht weiß, was seine Hand mit der Schere verbricht!

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* **Formerkreis in Augsburg.** Der Formerkreis in Nürnberg hatte zur Folge, daß die Nürnberger Fabrikanten ihre Modelle nach Augsburg sandten, um dort die Arbeit anfertigen zu lassen. Der erste Versuch wurde in der Maschinenbau-gesellschaft von Degle & Co., Fürststraße, gemacht. Die Formerkreisler sich aber mit ihren Nürnberger Kollegen solidarisch und vereinigten geschlossen die Anfertigung der Nürnberger Arbeit. Als sie dennoch gezwungen werden sollten, die Arbeit zu machen, legten sämtliche Formere die Arbeit nieder. In der Werkstatt arbeiten nur noch der Vorarbeiter und ein Lehrling. Die Zahl der Streikenden beträgt 13 davon sind 7 verheiratet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich der Streik auch auf andere Verhältnisse ausdehnen wird. Wir bitten, den Jugug strengstens fernzuhalten.

Anfragen und Sendungen sind zu richten an Friedr. Müller, Formerkreis, Gahhaus um „Hauen Bod“, R 147 am Stephansplatz.

Das Streikcomité der Augsburger Formere.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. * **Arbeiterbewegung in der Schweiz.** Dem „Grübler“ wird auch Basel geschrieben: Die dem Arbeiterbunde angehörenden Gewerkschaften haben unter der Leitung des höchstschönen des Arbeiterbundes beschlossen, das Verbotsgesetz selbst in die Hand zu nehmen und den damit verbundenen Arbeitsnachteile zu regeln. Es kann dieses Vorgehen nur begrüßt werden und wird, wenn gut geteilt, viel beitragen, unsere Organisationen zu stärken und den verhassten Handwerksburschen eine Wohlthat sein. Wir haben in Basel aus den wichtigsten Beweisen, daß „Verbotsgesetz“ vom sauren Arbeitergroßen fest geworden und Beförder der ersten Hotels sind.

* **Zur Organisation der Waidpfeifer Bauarbeiter** konstant unter dortiges Bruderorgan „Der Steinmetz“, daß in letzter Zeit sowohl die Bauere als die Zimmerer in entsprechendem Vorwärtsstreben auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation begriffen sind. Es heißt da:

„Die Zimmerer bemerken sich schon seit zwei Jahren, ihren Fachverein zu kräftigen und lebensfähig zu machen. Die Maurer hingegen haben eine rege Bewegung begonnen, um ihren Bildungsverein, welcher den Ansprüchen der modernen Arbeiterbewegung nicht entspricht, zu einem Fachvereine umzugestalten.“

Wir wollen uns keinen eilen Hoffnungen hingeben, wollen die Sache nicht decart darstellen, als ob die begonnene Bewegung schon im Anfang alle diese Mißstände beseitigen würde, welche im Baugewerbe plaggegriffen haben; die Hauptsache ist aber immer mit Freuden zu begreifen, daß die Maurer, welche bisher als die indifferentesten Arbeiter betrachtet wurden, zu denken anfangen, wie und auf welche Art sie ihre Lage verbessern können.“

Es handelt sich hier um 12 000 Arbeiter. Vergangenen Sommer waren in Budapest zwölftausend Bauarbeiter — nicht inbegreifen die Hilfsarbeiter — beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse waren trostlos, daß die Bauhöflichkeit eine sehr rege war und trostlos, daß es oft an Arbeitskraft gemangelt hat, die denkbar schlechtesten.

Mit einem Durchschnittslohn von fr. 1.40 mußten sich die Maurer begnügen. Von diesem Schindlodein soll der Arbeiter leben, soll den unerhört hohen Hauszins zahlen, soll seine Familie erhalten und soll Sparsenflenne bei Seite legen, damit er im Winter leben kann.

Bei solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn der gleichgültigste Arbeiter mit den kleinsten Ansprüchen auch unzufrieden wird. Unwillkürlich kommt ihm der Gedanke, daß diese Zustände unparierbar sind und er trachtet mit aller Kraft danach, sich bessere Lebensverhältnisse zu erkämpfen.

Vergangenen Sommer hat sich den Maurern eine gute Gelegenheit geboten, um in den Kampf für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Sie hätten mit Leichtigkeit höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit erlangen können. Sie mußten aber die gute Gelegenheit vorbeigehen lassen und sich ruhig den Willkür der Ausbeuter unterwerfen, weil ihnen die höchsten

Mittel zum Kampfe gefehlt haben. Nicht bloß an Geldmitteln hat's gefehlt, sondern, was bei einem Lohnkampfe die Hauptsache ist, an Einigkeit; die Organisation, das Klassenbewußtsein hat gefehlt. Die aufgeregten Genossen haben dies ein; es wäre frevelhaft gewesen, einen Streik zu initiieren, welcher voraussichtlich ohne Erfolg geblieben wäre.“

Durch die traurigen Erfahrungen des vergangenen Sommers ist ein Teil der Maurer zur Einsicht gekommen, daß nur eine starke Organisation möglich ist, die masslose Ausbeutung der Arbeiter einzusparren. Das organisierte Unternehmertum macht es zur Notwendigkeit, daß sich auch die Arbeiter zum Schutze ihrer Interessen organisieren sollten.

„Eine schwere Arbeit liegt unseren gleichzeitigen Genossen bevor, viele freie Stunden und viele Abende werden sie aufopfern müssen, bis sie die Maurer-Brüder, welche hier bis fünf verschiedenen Nationalitäten angehören, zusammenscharen und ihnen die Zweckmäßigkeit der Organisation begründlich machen. Aber vor der schmerzlichen Arbeit darf Niemand zurückschrecken, denn das Ziel, welches angestrebt wird, ist ein erhebliches und der Mühe und Aufopferung wertig. Keine Zeit und keine Mühe darf gespart werden, wenn es sich um die Verbesserung der Lage von 12 000 Arbeitern handelt, wenn es sich darum handelt, das Tausende unserer Arbeitsgenossen aus dem Elendsgraben emporgeloben und zu denkenden Menschen gemacht werden sollen.“

Aus Oesterreich.

Wien, Ende Januar.

Unter hier erscheinendes Fachorgan, die „Oesterreichische Bauarbeiter-Zeitung“, äußert sich über die Bauarbeiter und die oesterreichische Gewerkschafts-Organisation in keineswegs erfreulicher Weise. Aber leider gestatten die Thatfachen kein günstigeres Urtheil, als es da gefällt wird, und schädliche Thorheit würde es sein, sich und Andere aber unzureichende Thatfachen hinwegzusehen zu wollen. Es wird konstatiert, daß der zu Wien gehalten hier stattgehabte Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs wieder deutlich gezeigt hat, wie schwach und inkohärent ist die gewerkschaftliche Organisation der Bauarbeiter noch ist. In jeder Beziehung stehen die Bauarbeiter gegen die anderen Branchen weit zurück. Würde dies überaus der Fall sein, so könnte man annehmen, daß die Bauarbeiter im Allgemeinen so denkfaule Menschen sind. Ein Blick jedoch in andere Länder zeigt uns, daß dies nicht so ist. In Deutschland, England, Amerika, Australien, Frankreich, Dänemark zc. sind die Bauarbeiter von allen übrigen Gewerkschaften heimgesucht am besten organisiert und haben demzufolge auch fast alljährlich Errungenen aufzuweisen. Gerade in unserem „lieben Oesterreich“ scheint es, als ob die Mehrzahl der Bauarbeiter zu nichts Anderem fähig ist, als wenn sie Arbeit haben, zu radern und dabei elend zu Grunde zu gehen.

Uebrigens sind die meisten Bauarbeitervereine noch sehr jung, aber die Fortschritte derselben und die der älteren Vereine sind keineswegs beschränkt, daß angenommen werden könnte, als würde eine Verbindung zum Besseren eintreten. Die Mehrzahl der bei Gründung eines Vereines beigetretenen Mitglieder verschwindet in ganz kurzer Zeit und diese lassen sich mit wenigen Ausnahmen nicht mehr finden. Die Verfolgungsmuth der Unternehmer gegen jene, die dem Vereine treu bleiben, ist eine Bedauerliche, daß sie nirgends Besser erhalten und insoweit gezwungen sind, abzurufen, weil ein Rückhalt, eine feste Stütze in der Regel für die Genossenschaft nicht vorhanden ist. Die indifferenten Arbeiter sind nach solcher Vorberlegung nicht zu haben, um für den Verein einzutreten, Mittel sind keine vorhanden; die Mitgliedschaft bietet die gleiche oder weit kleinere und der Verein liegt gänzlich darnieder; die wenigen eifrigen Mitglieder werden von den Gegnern verhöhnt und den indifferenten Arbeitern als Thoren hingestellt, bis schließlich auch von diesen Einer nach dem Andern die Spitze in's Korn weist, um bessere Zeiten abzuwarten.

Durch die elenden Lohnverhältnisse und den Umstand, daß im Baugewerbe nur 6-7 Monate im Jahre Arbeit ist, können auch keine namhaften Beiträge von den Mitgliedern eingehoben werden, und deshalb ist in Oesterreich auch bis jetzt kein Bauarbeiterverein, der nur über die höchsten Mittel verfügen würde. Den Mitgliedern kann daher auch in diesen Fällen nicht einmal das Allernützlichste zur Verfügung geboten werden; dieselben verlieren das Interesse an Verein und der Schluß ist, daß letzterer zur vollsten Bedeutungslosigkeit herabsinkt. So ist gegenwärtig die gewerkschaftliche Organisation der Bauarbeiter Oesterreichs bescheiden.

Jene Branchen der Bauarbeiter, welche material am schlechtesten gestellt sind insolge der miserablen Entlohnung, stehen auch in geistiger Beziehung am tiefsten. Von diesen können zwei Drittel entweder gänzlich oder doch sehr mangelhaft lesen und schreiben, und es ist ihnen daher durch Bücher und Zeitungen nichts beizubringen; hier kann nur das geschriebene Wort den Grund legen. Mit einigen Versammlungen und Besprechungen ist bei diesen schlechtbegabten Menschen nichts auszurichten, man muß ihnen vorwiegend die traurigen Verhältnisse, in denen sie leben, vor Augen fassen und ihnen die Mittel- und Wege zeigen, wie selbige verbessert werden können. Aber zu einer solchen intensiven, nachhaltigen Agitation gehört Geld und wieder Geld, und dieses fehlt eben den Bauarbeitern regelmäßig; daher kann Wissen und Aufklärung unter diese große Masse von Menschen sehr schwer gebracht werden. Die anderen Branchen, welche noch etwas besser hinstehen sind und insoweit besser eher in der Lage wären, die Vereine zu unterstützen, unterlassen dies, weil sie es angeblich „nicht nothwendig haben“, bessere Lebensbedingungen anzustreben. Der Procentsatz von vielen „gut Situirten“, welche der Organisation angehören, ist auch so minimal, daß er garnicht in's Gewicht fällt. Die Einen können und verstehen es nicht, die Anderen könnten, wollen aber nicht. Auf der einen Seite finden wir gegenstandslos Elend und erbarmenswürdiges Unwissen, auf der anderen Seite dummen Eigennutz und Selbstüberhebung. Bei der großen Masse der Bauarbeiter sind eben die wenigen aufgeklärten Bauarbeiter, welche die Bewegung unter allen Umständen heben wollen, geradezu ohnmächtig, und wenn nicht von anderer Seite eingegriffen wird, so wird es noch lange währen, bis ein nennenswerther Theil derselben dahin gebracht ist, wo er sein sollte. Sehr oft belamen wir schon die trodrene Zukunft auf die Frage, wie es mit den Bauarbeitern in dieser oder jener Stadt steht: „Mit den Bauarbeitern ist nichts anzufangen.“ — Nur, das wollen wir gerade nicht behaupten, daß mit ihnen nichts anzufangen sei, aber das ist richtig, daß es mit einigen Menschen bei ihnen nicht abgehen ist, man

nach fortwährend in sie hineinreden, wenn man etwas erreichen will. Und gerade zu diesen zeigen die aufgelaufenen Arbeiter eine Lust; kaum überlassen sie die Bauarbeiter ihrem Schicksal, mögen sie fortgetrieben. Es scheint, als ob die organisierte Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, die so wichtige Thatsache, daß die Bauarbeiter ja gar nicht, nicht zu wüßigen sein. Aus allen erdenklichen Hinsichten in Deutschland zeigen sie alljährlich, wenn der Frühling beginnt, schaarweise in die größeren Städte und Orte, wo eben gebaut wird, und reisen, wenn der Winter kommt, wieder in ihre Heimath ab. Durch dieses fortwährende Hin- und Herbewandern fände der Sozialismus die weiteste Verbreitung, wenn die Bauarbeiter in die Organisationen einbezogen und zu thätigen Sozialisten herangebildet würden. Es giebt eine Menge Orte, wo alle anderen Branchen unvertreten sind, aber Maurer und Zimmerer sind gewiß einige dort anständig, welche in der Saison fortziehen. Es wird keinem überzeugten Sozialdemokraten einfallen, die bringende Nothwendigkeit, daß die ländliche Bevölkerung organisiert werden muß, bestritten zu wollen. Wehe den doch die Unternehmern mit Vorliebe Arbeitsträfte von diesen noch total finsternen Orten, weil sie billiger und gelibiger sind.

Diese hier angeführten Thatsachen sind gewiß nicht zu unterschätzen, und es geht auch daraus hervor, daß die Bauarbeiter für die Ausbreitung der ländlichen Arbeiterbewegung sehr viel thun können, wenn sie selbst zuerst organisiert wären. Will man nun diese Vorteile erlangen, so muß in erster Linie darauf geachtet werden, daß die Bewegung der Bauarbeiter in den größeren Städten, eine gute wird, und die Oelber, welche für die Bauarbeiter gebracht werden, werden durch das Anwachsen der Bewegung auf dem Lande bald hiehergebracht sein. Die Mittel der Bauarbeiter allein reichen nicht hin, um die nöthige Agitation entfalten zu können.

Ueber die gewerkschaftlichen Organisationen in Frankreich

Die seit 1889 das vom französischen Handelsministerium herausgegebene Jahrbuch „Annuaire des syndicats professionnels“ (Jahrbuch der Gewerkschaften) Aufschluß. Das Jahrbuch für 1893 ist noch nicht erschienen, doch hat das „Journal officiel“ bereits den einleitenden allgemeinen Bericht veröffentlicht. Aus demselben ergiebt sich das stetige Wachstum der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Es hat sich ihre Zahl im abgelaufenen Berichtsjahre um 337 vermehrt, wodurch die Gesamtzahl auf 1926 angehoben ist, wovon Anfang Juli 1894, d. h. drei Monate nach Erlass des Gesetzes über die Gewerkschaften, es nur 68 beratige Organisationen gab. In den einzelnen Jahren stellt sich ihr Verhältnis wie folgt. Es bestanden im

Table with 3 columns: Jahre, Arbeiter-Syndikate, Mehr als im Vorjahre

Die seit man vom Jahre 1885 ab, so das Aus der Syndikate mehr auf die Unterstützung der bis dahin ungeschicklich bestehenden Gewerkschaften unter das Syndikatgesetz vom 21. März 1884 auf bei deren Neubildung zurückzuführen ist, dann zeigt sich, daß ihre Zahl sich ganz besonders seit 1887 vermehrt, in welchem Jahre die erste Arbeitstabelle, nämlich die von Paris, erdichtet wurde. Die Arbeitstabelle üben überhaupt einen bedeutenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung aus. An der Spitze der Departements, welche die meisten Gewerkschaften zählen, steht das Seine-Departement mit 278. Ihm folgen mit 40 und mehr Gewerkschaften der Arbeiter-Syndikate, wie die Rechnung hierfür in Frankreich lautet, die Departements: Rhône, das 150 Gewerkschaften zählt, Haut-Rhône 108, Loire 99, Nord 89, Gironda 84, Unter-Loire 66, Ober-Loire 66, Ardennen 65, Seine inférieure 44 und Maine-Loire, das 40 Gewerkschaften hat. Eingangs befinden aber, wie ebenfalls bemerkt werden muß, drei Departements: Niederelbe, Oberelbe und Lozère, keine einzige Gewerkschaft.

Von den Städten, welche die meisten Gewerkschaften zählen, steht Paris mit 262 an der Spitze. Weiter haben Lyon 118, Marseille 84, Toulouse 68, Bourdeaux 61, Nantes 61, Saint-Etienne 41, Angers und Lille 24, Algier 23, Grenoble 21, Rouen 20 Gewerkschaften. Ihnen folgen mit 10 bis incl. 19 Gewerkschaften: Dijon, Roubaix, Saint-Quentin, Amiens, Besancon, Alimos, Nimes, Nancy, Montpeller, Toulon, Saint-Nazaire, Havre, Alg, Tours, Rouanne, Orleans, Calais, Nizza, Charleville, Troyes und Metz.

Nach Industriegruppen vertheilt, entfallen die meisten Gewerkschaften auf die Bauindustrie, die 324 Gewerkschaften zählt. Ihr folgen die Metallindustrie mit 219; die Bekleidungsindustrie mit 218, die Buchindustrie (Papierarbeiter, Sezer, Drucker, Buchbinder etc.) mit 168, die Textilindustrie mit 168, die Lederindustrie mit 93, die Nahrungsmittelindustrie mit 81, die Verlebsindustrie mit 76, die Webindustrie mit 72, die Holzindustrie (Schiffbauer, Wagner, Bildner, Kistenmacher) mit 69, die Montanindustrie mit 68, die Glas- und Thonindustrie mit 69, die Luxusindustrie (Gold, Silber, Uhren, Spielwaaren, fabrication, Parfümerien etc.) mit 41 Gewerkschaften.

Von den übrigen Betrieben wären noch ganz besonders der Forstbetrieb zu erwähnen, da die in den Wäldungen mit dem Fällen der Bäume, dem Schneiden, Hacken und Schichten der Holz arbeitenden Arbeiter 29 Syndikate bilden, deren Bestand die so erwähnte Thatsache bezeugt, daß die sozialistische Bewegung von den in bürokratischen Zentren auf's Land hinauszutreten beginnt und, nachdem sie das radikale Proletariat für sich gewonnen hat, nun auch das ländliche Proletariat ergreift. Das Hauptberufsfeld für die Holzarbeiter-Syndikate fällt unserem Freunde Baudin, dem sozialistischen Abgeordneten von Bourges (Eberdepartement) zu, dem er war es, der die in geradezu reißender Weise ausbreitenden Holzarbeiter-Syndikate, die sich ebendamit zu bilden wagen, da sonst gleich auf Weisung ihrer Ausbeuter die Gewerkschaften erloschen, um sie in's Hoch zu heben, vor zwei Jahren zu organisieren begann und ihnen selber stets

und in ausgiebiger Weise mit Rath und That zur Seite steht. Diefelben haben denn auch in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ihre Zahl verdoppelt, ja selbst verdreifacht, was allerdings noch nicht viel sagen will, da sie vor ihrer Organisation im Maximum nicht mehr als 64 pro Tag verdienten. Aber immerhin gewährt ihnen diese Lohnerhöhung, die freilich nicht ohne Streiks errungen wurde, einen bedeutend menschlicheren Lebensunterhalt als früher. Was aber noch höher anzuschlagen wäre, ist, daß sie sich nun als Theile eines Ganzen, das um seine Emanzipation kämpfenden Proletariats fühlen und schon in ihrem eigenen Interesse dem sozialistischen Vereine neue Mitglieder zuführen suchen: Die Holzarbeiter-Syndikate haben sich denn auch schon vom Eberdepartement auf die Departements Loiret und Nièvre verpflanzt und werden voraussichtlich noch weiter und sich greifen und durch ihre Erfolge immer mehr ländliche Proletarier anregen, sich zu organisieren resp. in die sozialistische Bewegung einzutreten.

Wie die Gewerkschaften haben auch die Gewerkschaftsbereitschaften in der Zahl zugenommen. Während es im Jahre 1884 nur 10 solcher Verbände gab, betrug die Zahl im abgelaufenen Berichtsjahre 61, was gegen das vorausgegangene Jahr, das 47 Gewerkschaftsverbände verzeichnet, eine Zunahme von 14 Verbänden ergiebt. Gleichzeitig hat auch die Zahl der Arbeitslosen zugenommen, die, wie schon oben erwähnt, einer so merkwürdigen Einflüsse auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hat. Es ist darum auch nicht zu verwundern, daß die Regierung, die doch nur den Verwaltungsausschuß des Unternehmens bildet, die bedeutendste und einflussreichste unter ihnen, die Pariser Arbeitstabelle, unter dem Jubel der ebenso feigen wie feilen Bourgeoispreß der Herren Kott, von dieser nun geläufigen Worte abgesehen, zählt Frankreich gegenwärtig 28 Arbeitstabelle. Diefelben vertheilen sich auf die folgenden Städte: Marseille, Nizza, Carcassonne, Angoulême, Cognac, Nimes, Dijon, Toulouse, Bourdeaux (das zwei Arbeitstabelle, eine vom Gemeinderath geschaffene und eine unabhängige, besitzt), Reims, Montpeller, Nimes, Tours, Rouanne, Poitiers, Nantes, St. Nazaire, Caen, Agen, Villeneuve sur Mer, Angers, Cholet, Poitiers, Vier, Lyon, Boulogne sur Seine, Toulon und Algier. Die Zahl der in ihnen zentralisirten Gewerkschaften beträgt 400. Die Arbeitstabelle haben auch besonders viel zur Bildung von Arbeitsvermittlungsbüroaus beigetragen, deren Zahl von 271 im Jahre 1892 auf 403 im abgelaufenen Jahre gestiegen ist, also um 134 zugenommen hat.

Was die Mitgliederzahl der einzelnen Arbeiter-Syndikate anbelangt, ist diese natürlich eine sehr verschiedene. In sehr kategorischer eingehelt, zählen:

Table with 3 columns: Arbeiter-Syndikate, Mitglieder, darunter

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug im abgelaufenen Jahre 402 126, was gegen das Jahr 1892, in welchem 288 770 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden, eine Zunahme von 113 356 Mitgliedern ergiebt. Diese Steigerung erklärt sich durch die steigende Thätigkeit der Unternehmervereine gegen die Arbeiter-Syndikate durch „Trennen“ den Kopf und Konjunktur ebenso wenig läßt, wie die „sozialistische Trennung“. Aber sie werden sich schließlich doch in ihr Schicksal ergeben müssen; denn die gewerkschaftliche wie die politische Organisation schreitet überall unaufhaltam vorwärts.

Situationsberichte.

Maurer.

Hamburg. Am Donnerstag, den 8. d. M., tagte im Verein- und Gesellschaftshaus, Valentinstraße 41, die Generalversammlung der hiesigen Bezirks-Vereine des Bauersyndikats der Maurer Deutschlands usw. Im ersten Punkt der Tagesordnung erläuterte der Bevollmächtigte den Bericht der Aufnahme einer Arbeitslosenliste, unter besonderer Berücksichtigung der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit und der neuen Steuerpläne. Es sei daher wichtig, daß die Mitglieder, am Sonntag die Fragebogen gewissenhaft auszufüllen und sich auch an der Einreichung derselben zu betheiligen. Nachdem die Beschlüsse hierzu noch einige Ausführungen betreffen, Ausfüllung der Fragebogen gegeben, ertheilt derselbe auf die Anfrage S. H. m., ob diese Statistik noch Zulassung findet in Form eines Flugblattes unter der Hamburger Einwohnerliste verbreitet werden könnte, eine Antwort in bejahendem Sinne. Zum zweiten Punkt erstattete der Bevollmächtigte den Geschäftsbericht der örtlichen Verwaltung vom verfloßenen Jahre, welcher sich zunächst mit der wirtschaftlichen Lage des Maurergewerbes in Hamburg beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit war im verfloßenen Jahre eine nie zuvor gekannte, selbst in den Jahren von 1879-1884 ist, wie die älteren Kollegen konstataren, die Arbeitslosigkeit nicht in solchem Umfang vorhanden gewesen. Ueber den wahren Umfang der Arbeitslosigkeit konnte die Berufsstelle in diesem Jahre keinen genügenden Aufschluß geben, weil von 2000 ausgegebenen Büchern nur 488 gegen 999 des Jahres 1892 wieder eingeliefert wurden. Von diesen 488 Mitgliedern waren 846 beherbergt, wovon durchschnittlich jedes Mitglied 63 Tage, ist gleich 11 1/2 Wochen, feierte. Die 93 Lebigen feierten durchschnittlich 80 1/2 Tage, ist gleich 13 1/2 Wochen pro Person. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1892 1700, welche in diesem Jahre leider um 800 zurückgegangen ist, so daß am Schluß des Berichtsjahres nur noch 900 verblieben. Die Zahl der neugetretenen resp. abgemeldeten Mitglieder betrug 329, die der abgemeldeten 865 und der verkorenen 10. Die Gesamt-Einnahme betrug M. 17 761,50. Davon sind an die Hauptkasse abgeliefert M. 10 876,51; es bleibt der Hauptkasse somit eine Summe von M. 6884,99 für lokale Ausgaben. Für Streiks anderer Berufs gängen auf Sammelkassen ein M. 874,55, welche seitherzeit dem Gewerkschafts-rath abbezahlt sind. In 9 von 33. Versammlungen, die im Laufe des Berichtsjahres stattfanden, wurden wissenschaftliche Vorträge gehalten. Sitzungen der örtlichen Verwaltung fanden 12 statt, außerdem noch 6 mit den Verwaltungen der Zimmerer- und Bauarbeiter zwecks Vertheilung der Fachorgane und

Beratung über den von der Innung „Baughütte“ zu Hamburg herausgegebenen Lohn Tarif. Kommissions Sitzungen fanden 12 statt. Am Schluß seines Berichtes forderte der Bevollmächtigte die Mitglieder zur thätigsten Agitation für den Verband auf, denn nur durch eine feste Organisation seien wir im Stande, dem auswärts gerichteten Unternehmern energischer Widerstand zu leisten. Ueber den dritten Punkt: „Bureau und Gehaltsfrage“, es spannt sich eine längere Diskussion, in welcher Lorenz wünscht, daß das Bureau aufgehoben und wieder wie früher in den Versammlungen die Beiträge einfließen würden. Alle übrigen Redner traten für Beibehaltung des Bureau ein, da wir die Mittel so wie so bis Mai zahlen müßten, außerdem sei der Betrag auch derartig, daß wir uns dieses für die fernere Zeit leisten können. Die Verwaltung beschloß, das Bureau auch in Zukunft bestehen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, die Mitglieder der örtlichen Verwaltung, die Kartellbestimmten und die Mitglieder von Kommissionen für die Sitzungs- und Versammlungsarbeiten mit 75 Pf. zu entschädigen. In Anbetracht der mäßigen Kostenverhältnisse wurde das Gehalt des ersten Kassiers aufgehoben und eine Entschädigung für denselben auf M. 60 monatlich festgesetzt. Die Entschädigung des ersten Bevollmächtigten wurde von M. 70 auf M. 40 monatlich herabgesetzt. Da dieser Monat ziemlich fast zu Ende und der Kassier noch täglich im Bureau beschäftigt ist, so wurde demselben sein bis dato festgesetztes Gehalt auch noch für diesen Monat gezahlt. Hierauf wurde die Wahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Zum ersten Bevollmächtigten wurde S. H. m. mit 110 von 145 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, sein Gegenkandidat C. S. H. m. erhielt 34 Stimmen. Zum Stellvertreter wurde W. H. m. als einziger Kandidat per Affirmation wiedergewählt. Zum ersten Kassier wurde S. H. m. als besten Stellvertreter S. D. u. H. m. und zum Schriftführer S. H. m. ebenfalls der Affirmation wiedergewählt. Zu Kassierstellvertreter wurden Wittenburg, H. m. l. m. und S. H. m. gewählt. Auf Antrag S. H. m. beschloß die Verwaltung die Berichtserstattung für den „Grundstein“ und das „Hamburger Echo“ dem Schriftführer zu übertragen und diese Arbeiten mit 75 Pf. zu entschädigen. Zu Revisoren wurden S. H. m., T. H. m. und S. H. m. gewählt. Ueber den fünften Punkt: „Unser Verhältniß zu den „Grundstein“ und „Echo“ wurde auf Antrag S. H. m. zur Tagesordnung übergegangen. Zum sechsten Punkt lag nichts vor, weshalb Schluß der Versammlung erfolgte.

Am 6. Februar tagte im Lokal des Herrn H. m. die Generalversammlung der hiesigen Bezirks-Vereine. Zum ersten Punkt schloß die Bevollmächtigte S. H. m. in kurzen Worten die Thätigkeit der Bezirks-Vereine im verfloßenen Jahre. Diefelbe betriebe die wichtigsten Versammlungsarbeiten, ebenso die Verhandlungen, in denen lehrreiche Vorträge gehalten wurden und den Rückgang der Mitgliederzahl. Zum zweiten Punkt berichtete S. H. m. über die Statistik im verfloßenen Jahre. Diefelbe zeigt an, daß von den über 200 abgegebenen Statistikbüchern nur 93 wieder eingekommen sind, und von diesen sind nur 90 für die Statistik verwendbar. Redner fährt die schlechte Beschaffenheit an, derselben auf den heutigen wirtschaftlichen Zustand zurück, empfiehlt zur Verbesserung und Schöpfung einer Statistik die Wahl eines Ausschusses und Delegationskommissionen. Zum dritten Punkt berichtete S. H. m. über die Statistik im Berichtsjahre. Diefelbe zeigt, daß die Bevollmächtigte S. H. m. im Jahre 1892, in welchem 288 770 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden, eine Zunahme von 113 356 Mitgliedern ergiebt. Diese Steigerung erklärt sich durch die steigende Thätigkeit der Unternehmervereine gegen die Arbeiter-Syndikate durch „Trennen“ den Kopf und Konjunktur ebenso wenig läßt, wie die „sozialistische Trennung“. Aber sie werden sich schließlich doch in ihr Schicksal ergeben müssen; denn die gewerkschaftliche wie die politische Organisation schreitet überall unaufhaltam vorwärts.

Am 6. d. M., tagenden Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, Bezirks-Vereine, wurde der Bericht vom verfloßenen Geschäftsjahre durch den Bevollmächtigten erstattet. Nachdem dann der Kassier die revidierte Monats- und Jahresabrechnung vorgelegt und diese für richtig befunden, wurde zur Wahl der Verwaltung geschritten. Gewählt wurden: S. H. m. als erster und S. H. m. als zweiter Bevollmächtigter; W. H. m. als erster und C. H. m. als zweiter Kassier; S. H. m. als erster und S. H. m. als zweiter Schriftführer und S. H. m. als stellvertretender Schriftführer. Zu Revisoren wurden S. H. m., S. H. m. und S. H. m., zu Bibliothekaren S. H. m.

und H. Scharnweber, zu Thätigkeitskontrollen C. Meier, B. Kammann und A. Steinbof ernannt. Durch anwesende

Bergedorf. Am Sonntag, den 4. Februar, fand hierseits die Hauptversammlung der hiesigen Jahreshilfe statt.

Stellingen. Am 6. Februar tagte die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Jahreshilfe.

Wesede. Am 28. Januar abgehaltenen Mitglieder-versammlung der hiesigen Jahreshilfe wurde zunächst von dem Kassierer die Jahresrechnung von 1893 vorgelesen.

Wiesenberg. Die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Jahreshilfe fand am 4. d. M. im Lokale des Herrn Rummann (Kellern) statt.

Wahlung wurde aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: E. König, Bevollmächtigter; Strudmeier, Stellvertreter;

Harburg. Am 8. Februar tagte die regelmäßige Mitglieder-versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Jahreshilfe Harburg.

Preuch. Auf der Tagesordnung der Mitglieder-versammlung der Jahreshilfe Preuch vom 11. d. M. stand: 1. Kassierengeschichte. 2. Vorstandswahl.

Soltmann. Am 4. Februar fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Jahreshilfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt.

Londern. Am 7. Februar hielt die hiesige Jahreshilfe ihre regelmäßige Mitglieder-versammlung ab.

Boizenburg. Am 4. Februar fand hier die regelmäßige Mitglieder-versammlung der hiesigen Jahreshilfe statt.

für richtig befunden. Sodann wurde zur Neuwahl der örtlichen Verwaltung geschritten. Zum Bevollmächtigten wurde C. Wichmann wiedergewählt.

Waren. Am Sonntag den 4. Februar fand die Hauptversammlung der hiesigen Jahreshilfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt.

Wesede. Am 4. Februar, Nachmittags 8 Uhr, tagte hier im Lokale des Herrn Gebert die Hauptversammlung des Fachvereins der Maurer von Wesede und Umgegend.

Wesede. Am 4. d. M. fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der Jahreshilfe Wesede statt.

Wesede. Am 4. d. M. fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der Jahreshilfe Wesede statt.

Wesede. Am 4. d. M. fand die regelmäßige Mitglieder-versammlung der Jahreshilfe Wesede statt.

30.7

erhoben und sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen, wurde zur Wahl des Delegierten gedrungen. Anwesend waren 49 Mitglieder, davon erhielt Besterholz 26 Stimmen, Besterholz 11 Stimmen. Hierauf erfolgte die Wahl der ersten Verwaltung. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Burckhardt einstimmig wiedergewählt und als dessen Stellvertreter Kollege Noack. Als Kassier wurde Kollege Fabianelli gewählt und als dessen Stellvertreter Kollege Biegenstein. Zum Schriftführer wurde Kollege A. J. P. gewählt und als Revisoren die Kollegen Rastemisa, B. Rosen und D. Stein. Betreffs der Vollstreckung wurden die Vollmachten heimlich und heim wieder vorgeschlagen und auch angenommen. Nachdem noch innere Angelegenheiten geregelt, wurde die gut besuchte Versammlung um 11 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Büffelberg. Am Sonntag, den 4. Februar, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zweigstelle des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands. Nachdem die Kassengeschäfte erledigt und ein Mitglied aufgenommen, erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Bartels, einen kurzen Rückblick über die Thätigkeit im letzten Jahre. Es haben alle 14 Tage Mitgliederversammlungen stattgefunden; zu sechs derselben waren besondere Reden gehalten. Einige 70 Mitglieder sind dem Verband beigetreten, meistens aber jüngere norddeutsche Kollegen, welche jedoch bereits abgereist sind; die hiesige Zweigstelle zählt gegenwärtig nur 82 Mitglieder. Ferner sind im Laufe des Jahres zwei Flugblätter erschienen und sechs öffentliche Versammlungen haben stattgefunden, wovon die letzte, zu welcher Kollege Lorenz, Hamburg als Referat abernommen, wegen schlechten Wetters nicht eröffnet werden konnte. Der schwache Erfolg ist eines Theils auf die Wahlbewegung im Juni zurückzuführen, da in diesen Monaten der günstigste Punkt nach hiesigen Verhältnissen verloren gegangen ist. Jedoch trifft die Hauptschuld die Wahlzeit der hiesigen Kollegen, indem in den Versammlungen meist wenige oder gar keine hier anwesende Mitglieder in den Versammlungen erschienen sind, und mit einer nur vorübergehenden hier wohnenden mit den Verhältnissen nicht vertrauten Mitgliederzahl ist ein erfolgreiches Arbeiten nicht möglich. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgenden Resultat: erster Bevollmächtigter Kollege Schäfer, zweiter Mitgliedlicher Kollege Böhler, dritter Kollege Böhler, zum Schriftführer Kollege Böhler; zum Bibliothekar wurde Kollege Simon bestimmt. Die Wahl der Revisoren wurde vertagt und zum ersten Punkt der Tagesordnung der nächsten Versammlung erhoben. Zu der Sitzung eines Delegierten erhielt A. J. P. zwei und B. Rosen zwölf Stimmen. Im „Verständigen“ erwähnte der Bevollmächtigte, Kollege Schäfer, die Mitglieder, im neuen Geschäftsjahre die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen und energisch für den Verband Propaganda zu machen. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Alte a. Rh. Am 4. Februar, Vormittag 11 Uhr, fand eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zweigstelle des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Zunächst mochte der Bevollmächtigte, Kollege Franzen, betonen, daß zwischen den beiden Kandidaten als Delegierten zum Verbandstage A. J. P. Dortmund und B. Rosen a. d. Ruhr eine Stichwahl stattgefunden habe. Hierauf wurde die Wahlkommission gebildet aus den Kollegen Delfers, Weitzel und S. S. H. A. Von den 32 abgegebenen Stimmen erhielt A. J. P. 19 und B. Rosen 4. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassier die Abrechnung vom vierten Quartal und dann den ganzen Jahresbericht. Besonders zu bemerken ist, daß sich im verlaufenen Jahre 85 Kollegen in den Verband aufgenommen haben. Dem Kassier wurde einstimmig Bedacheorge erteilt. Es erfolgte nunmehr die Wahl der ersten Verwaltung, wobei der Bevollmächtigte die Mitglieder ermahnte, mit den Vorständen recht vorzüglich zu sein, damit nicht alle zwei oder drei Monate eine Neuwahl erforderlich sei. Die Wahl hatte folgenden Ergebnis: Fr. Franzen, Bevollmächtigter; Ch. Weitzel, Stellvertreter; B. P. H., Kassier; F. S. S. H. A., Schriftführer; K. W. A., Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: A. G. A. n. e. r., F. O. r. i. s. t. e. und B. P. H. Im Verständnis erwähnte der Bevollmächtigte noch besonders an die bevorstehende Gewerkegerichts Wahl und ersuchte die Kollegen, auf ihren Wauflaten für dieselbe so viel wie möglich zu agitieren, denn die Maurer hätten bei dieser Wahl den schwersten Stand, weil alle drei Vertreter ausgediebt wären. Hierauf folgte der Beschluß der Versammlung um 2 1/2 Uhr.

Bauhandwerker.

Wolzenburg. Am 6. Februar fand hierseits eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, zu welcher Kollege Albert Paul aus Hannover als Referent erschienen war. In einem ca. 1 1/2 stündigen Vortrag legte der Redner die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter klar. Zum Schluß ermahnte er zu immer engerem Anschluß an die gewerkschaftlichen Vereinigungen, weil ein Einzelner gegen die Macht des Unternehmertums nichts auszurichten vermöge. Nur Einigkeit mache stark. Deshalb dürften die Arbeiter auch nicht auf die paar Groschen sehen, die die Organisation koste. Den Vortrag sowohl als auch die Abrechnung werden sich wohl manche Kollegen zu Herzen genommen haben.

Lüneburg. Am 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, fand hier eine öffentliche Versammlung der Bauhandwerker und Werksgenossen unter Vorsitz des Kollegen Barzigt und Carl Dade, Schriftführer, statt, in welcher Genosse Paul aus Hannover als Referent erschienen sollte. Da nun aber Genosse Paul wegen Krankheit verhindert war, zu kommen, so wurde unserm Kollegen Feilung das Wort erteilt. Derselbe führte aus, daß wir teilweise selber an unserer schlechten Lebenshaltung und Organisation schuld seien, andererseits aber auch die Kapitalisten die meiste Schuld mit daran hätten. Die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit seien vielfacher Natur. Erstens sei es die Ueberproduktion unserer Fabrikanten, welche nur darnach streben, sich in kurzer Zeit ein großes Vermögen zu erwerben, um dann einfach fort und gelähmt die Arbeiter, die ihnen doch das Vermögen erst lauer verdient hätten, auf das Straßengestühl zu werfen, wodurch dann die Arbeiter dem Hunger und Elend preisgegeben wären. Ferner trage die heutige große technische Entwicklung der Maschinen große Schuld an der Arbeitslosigkeit, denn in Amerika wäre wieder eine Maschine erfunden, wodurch sofort 700 000 Arbeiter brotlos geworden wären. Es würde natürlich immer den Arbeitern vorgeschwindelt, durch die Maschine hätten sie großen Nutzen, aber das ist grundfalsch, denn das könnte ein Mörder mit dem Fußes lähnen, und er, Redner, konstatire, daß die Maschine zum Stud für

den Arbeiter gedorden sei. Man sehe auch ja, wie verflucht würde, dem brotlos gewordenen Arbeiter durch Wolamen und Almosen zu helfen, wodurch er nur auch noch das Wohlrecht verliere. Aber sonst sei es Keinem von den Broten ein, dem Arbeiter aus nur einer Bissen zu seinem Lebensunterhalte zu geben, er würde noch als unverschämter Arbeiter hingestellt, wenn mal eine kleine Lohnforderung gestellt würde. Dann legte Redner klar, daß die Arbeiter nur einen Bruchteil als Lohn bekommen von dem, was sie schaffen müßten, und dennoch wären es die Arbeiter, die in erster Linie die meisten Steuern ausbringen müßten, die doch nur der Reichen des Militarismus verschlinge und in die laue Luft verschossen würden. Zum Schluß ermahnte der Redner die noch der Gewerkschaftspolitischen Bewegung fernstehenden, diesen beizutreten, denn unsere Parole wäre „Brot und Arbeit“, und nur durch unsere Macht würden wir uns einen besseren Lebensunterhalt verschaffen können. Hiermit schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf wurde von mehreren Anwesenden angeregt, einen Versuch zu lassen, daß alle sämtlichen Bauen sowie Werkstätten die Mitglieder beizutreten werden, dann könnten die noch fernstehenden Kollegen eher gewonnen werden, der Organisation beizutreten. Diese Ansicht fand jedoch keinen Anklang. Ferner wurde vom Kollegen Schäfer die Frage gestellt, da die Bauarbeiter eine Lohnforderung stellen wollten, ob es ungerecht wäre, wenn sie statt 20-24 A jetzt 28-30 A verlangten, worauf von mehreren Kollegen fragte, daß es eine ungerechte Forderung sei, denn die Bauarbeiter müßten schwere Arbeiten verrichten und auch oft im Winter 14-15 Wochen. Zuletzt wurde vom Vorsitzenden gesagt, daß von den Maurern die Versammlung am nächsten Besatz sei. Um 10 1/2 Uhr schloß die Versammlung.

Aufgehoben. Eine gut besuchte Versammlung der Bauhandwerker fand am 20. Januar im „Seidelerberg“ statt. In derselben sprach Herr Lorenz aus Hamburg über: „Die Lage im Bauhandwerk und gewerkschaftliche Organisation.“ Der Redner gab zuerst einen historischen Rückblick über die Entwicklung des Handwerks. Er führte seinen Zuhörern vor, wie aus der Arbeit für den eigenen Bedarf die Arbeit für den Markt für Andere entsand. Bei dieser Entwicklungsstufe stellte sich die Lohnarbeit ein und dadurch die Schaffung von Kapital für den Unternehmer. Neben dem Kleinhandwerker finden wir auch hier schon die Vertreter des Großkapitals in den Rathhäusern, den großen Handelsfirmen. Schon damals beherrschten dieselben den Weltmarkt, und so müßte auch immer die Masse werden mochten, sie bildeten doch eigentlich nur die Schutztruppe der Patrisien, und auch heute noch sehen wir, daß der Kleinhandwerker den Kontraktanten und deren Verbänden, in den Antikamien, Gefolgschaft leistet. In der neueren Zeit entsalt sich nun das Großkapital so mächtig, nimmt dem Kleinhandwerker immer mehr Gebiet durch den fabrikmäßigen Betrieb ein, daß man wohl mit Recht den vollständigen Untergang des Handwerks voraussetzen darf. Als Beweis diene Folgendes: In Halle a. S. kamen im Jahre 1840 auf je 10 000 Einwohner 489 Kleinhandwerker, im Jahre 1885 auf die gleiche Anzahl nur noch 176. Hier ist also die Zahl der Kleinhandwerker um etwa 60 pCt. zurückgegangen. Dem Großkapital ist es aber auch durch weitgehende Ausnutzung der Maschinen ermöglicht, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters herunterzuziehen, und wenn das früher als ehernes Döhrgele auf stellte, daß der Arbeiter sich zwar nie über die Summe hinausgehe, welcher der Arbeiter zu seiner Erhaltung und zur Fortpflanzung der Art, also zur Erhaltung einer Familie, bedürfte, so könne er auch andererseits nicht dauernd unter diese Grenze sinken, so sehen wir heute, daß dies ein überwindener Standpunkt ist. Durch den tollen Konkurrenzkampf, in dem immer der Große den Kleinen aufhebt, wird die Ueberproduktion immer ärger und die darauf folgenden Kräfte werden ebenso wie die großartige Maschinenkraft immer mehr Menschen auf die Straßstraße, und durch die Ueberfülle ist es dem Großkapital gelungen, den größten Vorkämpfer der Arbeit, das Volk, in einem Punkte zu unterlegen, indem es den Arbeitslosen im Durchschnitt dauernd unter die Summe drückt, die zur Erhaltung der Lebenskraft des Arbeiters nötig ist. Aber auch das Großkapital selbst leidet unter den Wunden, die es im Konkurrenzkampf empfangt, und sucht sich deswegen durch Bildung von Alltagsgenossenschaften, Ringen und Trusts zu schützen. So sehen wir, daß schon im Jahre 1880 in Deutschland 2885 Alltagsgenossenschaften mit etwa 4000 Millionen Reich Kapital bestanden. Während dies aber nur dazu dient, dem mittleren Kapital die Verringerung an großen Unternehmen zu ermöglichen und ihm mißthoes eine bedeutende Rente zu sichern, regeln die Ringe und Trusts die Verkaufspreise und sogar die Produktionsmenge ganzer, großer Industrien, zeigen uns also, daß die sozialistische Idee der Ueberzeugung durch die Gesellschaft recht gut ausföhrbar ist. Nachdem Redner noch gesagt, daß auch im Bauhandwerk, namentlich im Zimmergewerbe, die Maschine immer mehr Boden gewinnt, forderte er unter lebhaftem Beifall zum Beitritt in die Gewerkschaften auf.

Stuttensee.

Alte a. Rh. In der am Sonntag, den 4. d. M., stattgefundenen, gut besuchten Generalversammlung fand die Abrechnung vom vierten Quartal 1893 statt. Die Revisoren erklärten sich mit der Abrechnung einverstanden und wurde dem Kassier Bedacheorge erteilt. Der Vorsitzende führte des Weiteren an, daß der Verband der Fiskalisten immer weniger wird, infolgedessen wir gegenwärtig in den Sommermonaten von den Mitgliedern eine Extra-Vollversammlung zu erheben. Der zweite Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme zu dem Vorgehen einzelner Mitglieder“, rief eine lebliche Debatte hervor, in der konstatiert wurde, daß verschiedene Mitglieder erklärt haben, Leute, welche öffentlich agitieren, nicht in Arbeit zu nehmen. Die Versammlung beschloß, in der nächsten Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden zu lassen, denn einem solchen Vorgehen der Meister müsse energisch entgegengetreten werden. Zum dritten Punkt, „Gewerkegerichts Wahl“, wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege B. O. m. e. r. s. e. i. m., einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei: Restaurant Gobel's, Ehrenstraße 1, „Im grünen Wald“.

Eingeladent.

Aus Waren.

Eine Interessentengruppe, wie sie hier am Orte unter den Maurern für die Gewerkschaftsbewegung herrscht, sollte man kaum für möglich halten. Man weiß wirklich nicht, mit was für einem Manne man dieses kennzeichnen soll. Gaben denn die

Maurer hier am Orte einen solchen Vorgesatz, daß sie es nicht möglich haben, für ihre Interessen zu kämpfen und für ihre Familien einzutreten? Kollegen, diese Frage wird nicht Einzel von Euch mit „Ja“ beantworten können, und dann bedankt, daß Ihr den Lohn, den Ihr jetzt bekommt, der Einigkeit der Maurer hierseits zu verdanken habt. Und glaubt sicher, daß das Unternehmertum mit Befriedigung das Treiben einzelner Maurer mit ansieht, indem dieselben noch gegen die Kapitalisten agitieren, ja, sich nicht schämen vor den organisierten Arbeitern, indem sie nicht allein aus der Kapitalisten austreten, sondern sich nachher noch einen Vergnügungs- oder Pfaffenklub gründen, um von da aus ihre Hölle schreien zu können gegen die organisierten Maurer. Aber Euch, Kollegen, die Ihr den vollen Wert des Verbandes kennt, Euch bitten wir, kommt in unsere Versammlungen, laßt Euch wieder aufnehmen in den Verband, um dann vereint unsere kranzigen Zustände zu besprechen. Denn glaubt sicherlich, das Unternehmertum trohnt sich schon im Stillen über die Zerstückelung der Kollegen hier am Orte, und wir werden diesen Sommer schon sehen, daß sie diese augenblicken wissen. Darum, Kollegen, rufen wir Euch nochmals zu, verzicht alle Streit und Hant, melde diesen Vergnügungsklub und kommt wieder in die Versammlungen. Dieselben finden jeden Sonntag nach dem 1. in der Maurerherberge statt.

D. R.

Alle sämtliche deutschen Arbeitervereine.

An die Vorstände politischer Vereine, an die Vorstände von Les- und Bildungsvereinen, Bildungsclubs und Volkshörsen und an die Vertrauensmänner richte ich die Bitte, mir möglichst um 9 Uhr d. Namen des Vereins und Adressen des Versammlungsortes einzuliefern. Es handelt sich um die Aufnahme dieser Adressen in eine Schrift, welche auf den ersten Zusammenhalt der organisierten Arbeiter stärkenden Einfluß gewinnen will und gewinnen dürfte. Alle Einwendungen sind, auch während meines demnächstigen Aufenthalts im Gefängnis, zu richten an die unterzeichnete Adresse.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dr. Franz Dieberich,
Vorstand, Burgstraße 61.

Gerichts-Chronik.

Das Arbeiter-Gewerkegericht sollte kürzlich eine bemerkenswerte Entscheidung. Der Partier an dem neuen Postgebäude, dessen innere Arbeiter im Auford fertiggestellt wurden, hatte sich bei der Abrechnung den vollen Anteil eines Gesellen an dem Ueberschuß mitgerechnet, trotzdem er nicht mitgearbeitet hatte. Zur erhobene Frage erkannte das Gericht dem Partier jedoch nur den mittleren Anteil zu und verwurte ihn zur Herausgabe der zuviel erhobenen M. 12.81 an die Träger. Die Entscheidungsbegründe stützen sich im Wesentlichen darauf, daß der Partier thätig nicht mitgearbeitet hat.

Einreichung von Mitgliedsbescheinigungen kann die hiesige Polizei, nach einem Entschloß des Ober-Randesgerichts, von den dem Vereinsgesetz unterliegenden Vereinen verlangen. Der Arbeiterverein für P. e. t. u. und Umgegend, sowie der von Struppen wogelerten sich ganz entschieden, dem Verlangen der Polizei nachzukommen und ließen es auf die gerichtliche Entscheidung ankommen. Der Vorsitzende des P. e. t. u. Arbeitervereins, der die Einreichung verweigerte, ist deswegen unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, wobei das Gericht sich ausdrücklich auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts, die leider mißgebend ist, beruft, so daß gegen weitere Widerstand vergeblich ist. Mit dem Arbeiterverein zu Struppen verfuhr man noch summarischer. Der Verein wurde aufgelöst und der Vorsitzende auf Grund richterlicher Strafbefehle zu 60 Geldstrafe verurteilt. Sein Antrag auf gerichtliche Aufhebung war nicht von Erfolg begleitet. Ihm wurde übrigens noch eine eigenartige Behandlung durch den vorliegenden Richter zu Theil. Als er auf die Frage beselien, warum er die Bitte nicht eingereicht habe, erwiderte, daß er gedacht habe, er habe es nicht möglich, entgegenete ihm der Richter, er habe garnicht zu denken, sondern zu thun, was die Bescheide von ihm verlangte.

Es bleibt also nichts weiter übrig, als dem etwaigen Verlangen der Polizei nachzugeben. Wertwüthig ist nur, daß unter der Herrschaft des gleichen Rechts für Alle dasselbe Verlangen nicht auch an andere Vereine, antisemitische, konervative und dergleichen gestellt wird.

Ausruhe der Bergarbeiter. Am 11. Januar 1894 brach auf der Höhe „Wismar“ bei Erle ein umfangreicher Streik der Bergarbeiter aus, welcher der Gesundheitsverwaltung gab, einige derselben zu verhaften und vorläufig im Polizeigefängnis unterzubringen. Die Menge protestirte hiergegen, und am nächsten Tage fand eine geheime der Polizei nicht angemede Versammlung in einer Gastwirtschaft zu Erle statt, in der beschloßen wurde, die verhafteten Bergleute nöthigenfalls mit Gewalt zu befreien. Etwa 800 Personen nahmen in folgedessen vor dem Polizeigefängnis-Auflösung und machten Miene, dasselbe zu erklären. Da traten die anwesenden Gendarmen heraus und forderten mit erhobenen Revolvern die Menge dreimal auf, sich zu entfernen, widrigenfalls sie schießen würden. Weilen die Bergleute stehen sich nicht einschüchtern, drängten vielmehr die Beamten die auf die Haustreppe zurück, und in der Erkenntnis, daß sie der drohenden Menge doch nicht gewachsen seien, ließen die Gendarmen, um Muthverlust zu vermeiden, die verhafteten Bergleute wieder laufen. Aber 55 Personen wurden wegen Aufrebes, Landfriedensbruchs usw. angeklagt, von diesen allerdings nur 14 vom Landgericht zu 1 1/2 bis 3 Jahren, 3 zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf derselben legten gegen das Urtheil Revision ein, in der sie bestritten, an dem Aufrebe theilgenommen zu haben; sie hätten sich vielmehr nur als Zuschauer 80-40 Schritte entfernt unter der großen Menge befunden. Das Reichsgericht verwarf in dessen am 9. d. M. die Revision, da sich dieselbe lediglich gegen die thätiglichen Feststellungen der Vorinstanz richtete.

Ein freiwilliges Mitglied der Berliner Orts-Frankenkasse der Zimmerer war auf Grund des § 19 Absatz 5 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 in der Mitgliedsliste gestrichen worden. Nach der Bestimmung jenes § 19, die auch im Gesetz vom 10. April 1893 enthalten ist, erfolgt für die sogenannten „freiwilligen“ Mitglieder die Mitgliedschaft dann, wenn die Kassenzuflüsse an zwei aufeinander folgenden Terminen nicht gezahlt sind. Der Betreffende hat

dann gegen die Ortskrankenkasse den Klageweg beschritten und behauptet, daß die Mitgliedschaft darüber wieder begründet sei, daß die Kasse seine rückständigen Beiträge und sogar noch Vorauszahlungen für zwei fernere Wochen anstandslos angenommen habe. Kläger ist in zwei Instanzen abgewiesen worden. In den Erkenntnissen heißt es ausdrücklich, daß durch eine solche nachträgliche Zahlung der qu. Beiträge und durch Annahme weiterer Beiträge für die Zukunft das Erlöschen der Mitgliedschaft freiwilliger Mitglieder von Krankenkassen nicht beseitigt wird.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsverleger. Unter Kreuzband für Februar-März K. 1.

Nr. 2 vom 10. Februar hat folgenden Inhalt: Die Landtagswahlrecht: 1. Braunschw. — Aus Sachsen. — Frauenstimmrecht in Kurland. — Wollische Fabrikinspektoren. — Wiederanstellung Arbeitsloser in Westport. — Politisches. — Vom Lande. — Parteivorschläge. — Wie man sich behauptet. — Wie man Andere behandelt. — Die Bewegung in Ungarn. — Der Kampf um das Vorkriegs in Rumänien. — Aus Norwegen. — Die Ritter der Arbeit und die Föderation. — Die Bergleute in Sachsen. — Die Behörden und die Arbeitslosenpolitik. — Kriminaldirektor Dambach. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterversicherung. — Todtenliste. — Literatur.

Sozialpolitisches Centralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Carl Heymann's Verlag, Berlin W., Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20 ¢. Erschienen ist Nr. 20, 3. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. B. Dieß Verlag) ist soeben das 19. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein Volksfest der Volkssee. — Eine russische Konstitution. — Der Kapitalismus an die siecle. Von Karl Rautsky. (Schluß). — Wesen und Entwicklung der Parteien in England. Ein Ausblick auf die kommenden Wahlen. Von Edward Bernstein. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Herwegh und die Pariser deutsche Legion. III.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. B. Dieß Verlag), ist soeben die Nr. 3 des 4. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Ser mit dem Wahrsay für die Frauen! — Madame Roland. (Schluß). — Die Arbeiterinnen in Dresdener Hanzentfabriken ergeht. — Zum Kapitel der Wohlfahrtsvereinigungen. — Feuilleton: Kandidaten-Freuden. Von Max Zwan. — Moderne Gabeln. Von August Strindberg. (Autographische Uebersetzung von Gustav Wichtens.) — Arbeiterinnens-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ¢, durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Belagungsliste für 1894 unter Nr. 2680) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 56 ¢; unter Kreuzband 85 ¢. Inseratenpreis die Zweizeilspalte Bettzeile 20 ¢.

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bediensteten resp. Vertrauensmänner die Nr. 6, 4. Jahrgang, des „Correspondenzblattes“ der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“:

Brecht, C., und Waren, R. Wir suchen, künftig das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Neufestsetzungen und Stellungen. Wir müßten für die Briefe je 20 ¢ Strohporto zahlen.

Wandbeck, C. Briefe nach Hamburg kosten, wenn sie in Wandbeck ausgehen werden, 10 ¢ Porto. Sie hatten aber nur eine 6 ¢-Marke darauf geklebt und müßten wir daher 16 ¢ Strohporto zahlen.

Verlaß aus Lübb, Coeslin, Coeff, Schlesswig und Stuttgart gingen für diese Nummer zu spät ein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Die gewählten Verwaltungskomitee der neugegründeten Haffstelle Notawes sind vom Vorstand bestätigt.

Das Mitgliedsbuch Nr. 32212, Chr. Wittwe, ist verloren gegangen und wird hierdurch für ungültig erklärt.

Das Mitglied J. Hopfen, Buch-Nr. 2548, hat, trotzdem er für die Monate August, September und Oktober die Beitrageträge nicht bezahlt hat, in unzulässiger Hoffstellen Mitgliedschaft erhalten. Die Mitglieder der Revisionsprüfung werden darauf hingewiesen, dem vorgenannten nur dann die Unterstützung auszugeben, wenn derselbe seinen Verpflichtungen genügt hat.

Der Vorstand.

In der Zeit vom 6. bis 13. Februar sind folgende Beträge bei der Hauptkassa eingegangen:

Von der örtlichen Verwaltung in: Neufest M. 20.81, Hamburg 20.35, Friedland i. M. 18.70, Malschin 14.41, Bunsau 11.20, Thora 6.51, Vegesack 26.12, Wilhelmshaven 10. — Summa M. 122.10.

Hamburg, den 13. Februar 1894.

J. Hüter, Goldvereins-Vorstand, Wilhelmstraße 18, 1.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Eingelichene Hälfte Nr. 7. Sitz: Altona. In der Woche vom 4. bis 10. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 100, Jordan-Paradies 100, Summa M. 200. Zufüsse erhielten: Linderte M. 100, Blankenburg 100, Sandhül 75, Jahr i. B. 150, Feuchab 200, Breslau 300, Kaiserstrassen 200, Wieden 50, Coeslin 100, Strießen 200, Münden 500, Leipzig-Gottewitz 100, Altona 200, Foulback 96. — Summa M. 2371.

Altona; den 10. Februar 1894. E. Hüter, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 25. Februar 1894, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brodnow (früher Drifsel), Großplanitz 39.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der am 16. April 1894 in Dresden stattfindenden ordentlichen Generalversammlung und Anträge zu derselben. 2. Wahl der Delegierten. 3. Berichtedenes.

NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Mitgliedsbuch legitim. Das Kassenlokal ist an diesem Sonntag geschlossen. Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Thora.

Mitgliederversammlung am 18. Februar, bei Herrn W. Goltz, Kulmer-Vorstadt.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 2. Wahl der Lokalkommission. 3. Berichtedenes.

NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Mitgliedsbuch legitim. Das Kassenlokal ist an diesem Sonntag geschlossen. Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Haffstelle Coeslin.

Die Mitglieder werden dringend gebeten, in der am Sonntag, den 18. Februar, stattfindenden Mitgliederversammlung anwesend zu sein.

Druck: Hamburger Buchdrucker und Verlagsanstalt Kier & Co. in Hamburg.